

Bergedorfer Allgemeine

UMVERTEILUNG UMDREHEN!

Die Mitglieder der LINKEN des gemeinsamen Wahlkreises Bergedorf/Harburg/Wilhelmsburg haben mit deutlicher Mehrheit den Neuallemörder Mark Roach (54) zu ihrem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt.

Mark Roach, Gewerkschaftssekretär von ver.di, war langjähriges Mitglied der SPD und hat diese 2005 aufgrund der sozial ungerechten Politik Gerhard Schröders verlassen. Über die WASG kam Mark Roach zur LINKEN. Die Schwerpunkt seines bisherigen politischen Engagements liegen im Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Im Mittelpunkt der weiteren politischen Arbeit steht für Mark Roach das Eintreten für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und RenterInnen. Dazu Mark Roach: „Die Menschen müssen im Mittelpunkt

der Politik stehen. Der Staat zog sich in den letzten Jahren immer mehr zurück und entlastete die Reichen durch Steuersenkungen. Einerseits wurden Büchergeld in Schulen und Studiengebühren eingeführt, andererseits wurde in wenigen Wochen ein Rettungspaket für Banken beschlossen, das fast dem Doppelten des Bundeshaushaltes entspricht. Die drastische Umverteilung von unten nach oben muss endlich beendet und umgedreht werden. Ich möchte dazu beitragen, dass einer LINKEN Politik, gerade auch hier in Hamburg – in Bergedorf, in Harburg und Wilhelmsburg – Gesicht und Stimme gegeben wird.“

Mark Roach

ist per E-Mail zu erreichen:
mark.roach@dielinke-bergedorf.de

Von Lutz Jobs

Jetzt reicht's: Krümmel muss stillgelegt werden – für immer!



Foto: BA

Die Leukämiefälle haben ihn bundesweit bekannt gemacht, die Pannenserie hat diese zweifelhafte Berühmtheit noch gesteigert. Vor den Toren Bergedorfs steht in Krümmel bei Geesthacht nicht nur der größte Siedewasserreaktor der Welt, sondern auch der berühmt-berüchtigtste der Bundesrepublik.

Nach zwei Jahren Stillstand versuchte der Betreiber Vattenfall den Reaktor im Juni wieder in Betrieb zu nehmen. Drei Störfälle in wenigen Tagen in Folge haben ihn wieder vom Netz gehen lassen. In Krümmel und dem ähnlichen Reaktor in Brunsbüttel wurden seit Inbetriebnahme 739 Störfälle bekannt. Allein 2006 gab es in Krümmel 15 dieser Vorfälle. Als Neubau würde dieser Reaktor derzeit keine Genehmigung bekommen.

Immer mehr Menschen machen sich inzwischen Sorgen. Die Demonstration im April

vor dem AKW war die größte seit 20 Jahren. Sie machen sich Sorgen um ihre Gesundheit und um die Zukunft aller folgenden Generationen. Die Rauchwolken des Trafobrandes haben vielen einen gehörigen Schrecken eingejagt. Denn dieser Brand im AKW am 28. Juni 2007 hat gezeigt: Es gibt immer wieder Vorfälle, mit denen der Betreiber nicht rechnet und die negative Konsequenzen haben können. Dieser Atomreaktor gehört nachweislich zu den unsichersten der Republik, er entspricht trotz der durchgeführten Re-

paraturen in puncto Sicherheit nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und er ist z. B. nicht gegen den Absturz von größeren Flugzeugen geschützt.

Für den Fall eines größeren Unfalls ist auch die Bergedorfer Bevölkerung nicht ausreichend geschützt. In einer Studie des Ökoinstituts für die Hamburger Umweltbehörde wurde in den 90er Jahren ermittelt, dass bei einem GAU in Kümmel bis zu 100 000 HamburgerInnen mit erheblichen gesundheitlichen Folgen betroffen wären – ein Großteil

dieser Menschen lebt in Bergedorf.

In einer Ausschusssitzung im Bergedorfer Rathaus am 13. November 2008 wurden Lücken im Katastrophenschutz auch für unseren Bezirk deutlich. Z. B. gibt es die hilfreichen Jodtabletten nur im Bergedorfer Rathaus, dazu jedoch die dringende Anweisung das Haus nicht zu verlassen. Evakuierungen ganzer Gebiete wurden noch nie geprobt und ihr Ablauf ist unvorhersehbar. „Flucht ist nicht planbar“ so der geladene Katastrophenschutzreferent. Aber auch ohne Katastrophe bedroht der Reaktor: Neben dem AKW werden in einem Zwischenlager die hochradioaktiven Brennelemente in normalen Castorbehältern gelagert und die Transportwege der radioaktiven Brennstoffe verlaufen durch Bergedorf.

Die Bezirksversammlung Bergedorf hat denn auch im Juni diesen Jahres auf Initiative der LINKEN den Betrieb des AKWs abgelehnt. Sicher, das allein wird nicht reichen. Es ist jedoch ein Signal, das hoffentlich von anderen Parlamenten aufgenommen wird, denn in der Bevölkerung gibt es keine Mehrheiten für den Betrieb von Atomkraftwerken.

Ein wichtiges Datum um darauf hinzuweisen wird neben dem Wahltermin noch der 5. September sein. Dann nämlich wird es in Berlin eine große Demonstration angeführt von den Wendländischen Bäuerinnen und Bauern gegen das Atomprogramm geben. Sie werden aus dem Landkreis in einem Treck nach Berlin fahren und dort von vielen tausend Atomkraftgegner unterstützt u. a. deutlich machen: Wir wollen ohne diese Gefahr leben.

Ab Bergedorf wird ein Bus am 5.9 starten. Fahrkarten kosten 15,- Euro (ermässigt 7,-)

Von Michael Mirbach

In Hamburg fehlen 2000 Pflegekräfte

Hamburg droht in der Altenpflege der Pflegenotstand

Bergedorf wird im August den ersten Pflegestützpunkt erhalten. Die Bezirksversammlung hatte im Januar dieses Thema auf der Tagesordnung. Grundlage für einen Pflegestützpunkt ist das Pflegeerweiterungsgesetz nach Sozialgesetzbuch XI § 92 – also die Pflegeversicherung. Pflegestützpunkte sollen neutral im Wohnumfeld zu allen Themen der Pflege beraten. Es ist immer gut, wenn die Infrastruktur, die Beratung an die Bürger heranrückt und nicht der Bürger weite Wege auf sich nehmen muss. Gerade das Thema Pflege, für viele ein „Böhmisches Dorf“, bedarf einer guten und ausgiebigen Beratung.

Eine gute Beratung ist das Eine, die Praxis sieht häufig anders aus. Sprechen wir nicht momentan von einem Pflegenotstand – verschiedene Medien haben darüber berichtet. Um in Hamburg die Altenpflege aufrecht zu erhalten fehlen mindestens 450 Pflegekräfte. Diese 450 Pflegekräfte bringen noch keine Verbesserung, sondern stabilisieren den momentanen Zustand in den ambulanten Pflegediensten und den stationären Pflegeeinrichtungen. Eine individuelle angepasste Pflege, die die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen berücksichtigt hat, vor Jahren ermittelt, dass in Hamburg 2 000 Pflegekräfte fehlen.

Die Pflegekräfte sind nicht schuld an den Zuständen wie sie ab und zu in den Medien dargestellt werden. Pflegekräfte versuchen gute Pflege zu leisten, werden aber aufgrund der Rahmenbedingungen daran ge-

hindert. Die Pflege findet im Akkord, also im Minutentakt, statt und nicht wie ein Pflegebedürftiger es sich wünscht. Wer weiß schon, dass Pflegekräfte oft keine regelmäßigen, sondern eher familienfeindliche Arbeitszeiten haben. Geteilte Dienste, 10-Stunden-Tage, selten bzw. kein Wochenende frei, häufiges nicht geplantes Springen zwischen den Schichten stehen auf der Tagesordnung.

Die Verweildauer von Pflegekräften in ihrem Beruf beträgt durchschnittlich fünf Jahre. Kein Wunder, dass die Attraktivität des Berufes Altenpflege gleich null ist, selbst die Bezahlung ist eher schlecht als recht. Kein Wunder, dass demnächst der Mindestlohn für Pflegekräfte gesetzlich eingeführt werden soll.

In Anbetracht dieser Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen einer guten individuellen ganzheitlichen Pflege kaum gegeben. Der Staat muss sich seiner Verantwortung stellen und umgehend für Änderungen sorgen. Gesetze wie das Pflegeversicherungsgesetz und das Pflegeerweiterungsgesetz werden keine Abhilfe schaffen, wenn die Theorie einer guten qualitätsorientierten Pflege mit dem Rahmen einer praktischen Pflege vor Ort nicht übereinstimmt.

Solange sich da nichts tut, werden Pflegeskandale und Pflegenotstand an der Tagesordnung sein. Gerade bei Betrachtung der demografischen Entwicklung der Bevölkerung wird mir als Pflegekraft „Angst und Bang“.

Von Alfred Dreckmann

Chance auf Touristenattraktion verpasst

Pariser Chic in Bergedorf (2. Teil)

Wir berichteten bereits über die grandiose Idee, auf dem Herzog-Carl-Friedrich-Platz ein Klo aufzubauen. Jetzt steht es da, direkt vor dem Gedenkstein des Herzogs Karl Friedrich von Schleswig-Holstein-Gottorp (1702/1739). Lohbrügge, ehemals Sande und Lohbrügge, standen von 1713 bis 1866 unter dänischer, danach bis 1938 unter preußischer Herrschaft.

Die Einweihung des für 210 000 Euro umgestalteten Platzes direkt hinter der Eisenbahnbrücke fand damals im Beisein des dänischen Konsuls statt.



Foto: BA

Es wäre doch jetzt auch eine schöne Geste gewesen, wenn man den dänischen Konsul zur feierlichen Eröffnung des Klos wieder eingeladen hätte. Er hätte dann das vollautomatische Sch...haus durch eine kurze Sitzung einweihen können.

Anschließend könnte er eine Buddel Sekt oder dänischen Kirschlikör gegen das Gehäuse schmeißen und es Herzog-Carl-Friedrich-Klo taufen. Eine so benannte Einrichtung wäre doch auch eine Touristenattraktion für Bergedorf, besonders für die vielen Dänen, die unser Städtchen dann besuchen.

Leider ist die Gebrauchsanweisung nur in deutscher und englischer Sprache außen angebracht. Warum nicht in Dänisch? Das bietet sich doch förmlich an.

Hoffentlich verstehen die Dänen auch Spaß, und es kommt nicht wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen wie 1864/66.

Zum Entsetzen der anliegenden Laden- und Gaststättenbetreiber soll diese „Hydra“, so der Handelsname, für immer dort stehen.

Sie haben eben keinen Sinn für diese äußerst kreative Idee, die sich so einige Politiker ausdenken, wenn's nichts anderes zu tun haben. Für einen betreuten Toilettenwagen direkt vor dem Bahnhof reichten weder Geld noch Verstand.

Von Stephan Jersch

Der Senat spinnt!

Gewerbegebiet Mittlerer Landweg wird vorerst weiter verfolgt.



Foto: BA

Die Geschichte schien ein Ende zu haben: nach jahrelangem Hin und Her hatte die Bezirksversammlung sich im April endlich gegen das Gewerbegebiet Mittlerer Landweg ausgesprochen und stattdessen eine neue, längerfristige und ergebnisoffene Planung (F-Plan) vorgeschlagen. DIE LINKE. hielt einen F-Plan, noch dazu ergebnisoffen, für unnützlich. Das Gewerbe-

gebiet Mittlerer Landweg war überflüssig und wird es auch bleiben.

Der jahrelange Widerstand der Anwohner/innen hat hier endlich zu einem, zumindest weitgehenden, Umdenken der Parteien beigetragen.

Nun hat der Bezirksamtsleiter den Beschluss der Bezirksversammlung „beanstandet“, da die Behörde an der Planung festhält. Die Be-

zirksversammlung hat ihren Beschluss nicht „korrigiert“. Nun wird der Senat in Hamburg über die Frage einer Einstellung des B-Plans und der Planung eines Gewerbegebiets entscheiden müssen.

Der Senat könnte das Planungsverfahren „evozieren“, d. h. sich selber für zuständig erklären und die Bezirksgremien „entmachten“.

Die Linksfraktion lehnt je-

des B-Planverfahren „Mittlerer Landweg“ mit dem Ziel eines Gewerbegebiets ab und wird auch nicht daran mitwirken, hier noch etwas „rumzureparieren“.

Wenn der Senat dieses Verfahren gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchziehen möchte kann die BSU, Frau Hajduk und der Senat auf unseren entschlossenen Widerstand zählen.

Mit großem Presserummel und dem Versprechen auf 1000 neue Arbeitsplätze startet Hamburg den Versuch, das Gewerbegebiet „Südlich Brookdeich“ zu installieren.

Bei dem Versuch einem Gewerbegebiet für Logistik das Etikett „Grün“ aufzukleben wird es bleiben. Die Logistikbranche ist der größte Bodenversiegler aller Gewerbe mit dem niedrigsten Ergebnis an Arbeitsplätzen. Da macht auch keine Dachbegrünung etwas besser. Stattdessen werden hier wieder die Kleingärten vernichtet.

Bergedorfer Allgemeine

Mogelpackung

„Green Logistics“ oder je grüner die Packung desto grösser die Umweltsau.

Mit der Beschränkung auf eine Gebäudehöhe von 15m wird hier immer noch an einer neuen Version einer Stadtmauer am Ortseingang Bergedorfs geplant. Und laut Gutachten ist das Gewerbegebiet

nicht etwa wegen der direkten Anbindung an die Marschen-Autobahn (A25) für die LKWs der Logistiker so attraktiv, sondern wegen der schnellen Erreichbarkeit der B5 über den Curslacker Neu-

en Deich, über den 50% der Verkehrs fließen werden. Eine Anbindung an die Bahngleise der Strecke Hamburg-Geesthacht ist hingegen bisher nicht vorgesehen.

1 000 Arbeitsplätze? Ein netter Marketingtrick! Green Logistics? Eine Mogelpackung!

Die Linksfraktion ist nicht der Auffassung, dass wir weitere Gewerbeflächen brauchen solange es noch freie Flächen gibt! Nur DIE LINKE. hat sich in der Bezirksversammlung gegen diese Schwarz-Grüne Mogelpackung ausgesprochen.